



# Bürgerinitiative für Recht und Sicherheit Orla e.V.

---

## Informationsblatt Dezember 2018

---

Liebe Mitglieder,

der Vorstand der BIRSO wünscht euch allen ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest und ein gesundes und erfolgreiches Neues Jahr. Wir möchten uns bei allen für die Unterstützung und Treue recht herzlich bedanken.

Also, bleibt schön gesund.



unsere Mitgliederversammlung findet voraussichtlich am Mittwoch, dem 10. April 2019 um 17:00 Uhr in „Vaters Gaststätte“ in Pöbneck statt. Anschließend sollen unsere Kandidaten für die Kommunalwahlen am 26.05.19 aufgestellt werden. Bitte merkt Euch den Termin vor.

Die Einladung zur Mitgliederversammlung wird dann fristgerecht zugestellt.

Im Namen des Vorstandes

*Wolfgang Kleinclaus*  
Vorsitzender BIRSO

---

## **Straßenausbaubeiträge werden abgeschafft!!!**

Für die BIRSO zeichnet sich einer der größten Erfolge Ihres Bestehens ab. Die Regierungsfractionen von Linken, SPD und Grüne sowie die Landesregierung haben die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge zum 01.01.2019 angekündigt. Erreicht wurde dies gemeinsam mit der Bürgerallianz Thüringen und dem VDBG. Zur Erinnerung, bisher hatten sich die SPD und die CDU dagegen ausgesprochen. Unsere Gesprächsangebote wurden abgelehnt oder nicht beantwortet. Nachdem wir dann im Winter 2018 mit der AfD Fraktion ein Gespräch geführt hatten und die AfD im Landtag im April 2018 die Abschaffung der SAB beantragt hatte, kam Bewegung rein. Der Antrag der AfD wurde offenbar aus parteipolitischen Gründen abgelehnt. Zum gleichen Zeitpunkt wurden durch die CSU in Bayern die SAB abgeschafft. Rot/Rot/Grün in Thüringen hat nun die Zeichen der Zeit und die Gefahr weiterer Stimmenverluste bei den Wahlen 2019 erkannt. Im August haben wir dann mit dem VDBG die Aktion „Rote Karte für SAB“ gestartet. Bis heute wurden 34.000 Karten verteilt. Das alles war der einzige Grund, warum die Landesregierung nun plötzlich umdenkt. An dieser Stelle ein Dankeschön an alle Unterstützer!

Jetzt geht es um die Details. Wir wollen dann im Rahmen der Anhörung zum neuen ThürKAG unsere Forderungen und Vorschläge einbringen.

Über die Botschaft der R/R/G-Regierung Ende Oktober „Wir wollen abschaffen“ sind wir zwar erfreut, unsere Skepsis bleibt aber. Enttäuschungen durch Wahlversprechen, Verfassungsklagen und Gutachten in den letzten 20 Jahren sind der Grund und noch fest in Erinnerung. Wir sind auch enttäuscht darüber, dass der sich abzeichnende Erfolg nicht der Bürgerallianz Thüringen, dem VDBG und hunderttausenden Sympathisanten zugeschrieben wird, die seit über 20 Jahren die Abschaffung der SAB fordern. Das Schmücken mit fremden Federn ist scheinbar auch bei R/R/G in Mode gekommen und bezeichnend für eine zunehmende Arroganz sowie Entfremdung von den Problemen der Bevölkerung. Das wiederum verletzt die Seele zigtausender Mitstreiter gegen ungerechte Kommunalabgaben.

Eine R/R/G Regierung, die sich für die Stärkung der Basisdemokratie ausgesprochen hat, macht nun das Gegenteil. Gespräche mit dem "Bürgermeister-Club" (Gemeinde- und Städtebund) werden geführt, aber nicht mit den Interessenvertretern der betroffenen Grundstückseigentümer. Wir mussten auch wochenlang auf einen Termin zur Übergabe der Roten Karten an die Staatskanzlei warten. Offenbar wird das ganze Handeln den Wahlen 2019 untergeordnet. Daher warnen wir vor einem erneuten Scheitern der Ankündigungen und werden bei Bedarf entsprechende Wahlempfehlungen erteilen. Unsere Aktivitäten werden wir erst einstellen, wenn das ThürKAG entsprechend durch den Landtag geändert ist. Bis dahin wird die „Aktion Rote Karte für SAB“ fortgeführt.

---

## **Forderungen der Bürgerallianz Thüringen Abschaffung Straßenausbaubeiträge – Änderung ThürKAG**



Im Vordergrund all unserer Aktivitäten und Bemühungen steht die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge (SAB) zum 01.01.19 für neue und begonnene Baumaßnahmen, ähnlich wie in Bayern. Dies sind wir vor allem unseren Kindern und Enkelkindern schuldig. Dabei geht es uns um die Generationengerechtigkeit. Eine hundertprozentige Gerechtigkeit werden wir mit hoher Wahrscheinlichkeit zu diesem Zeitpunkt nicht schaffen, sie wird aber immer unser Ziel bleiben. Die hier benannten Vorschläge und Forderungen sind der Beginn eines Diskussionsprozesses und kein Dogma.

### **Erstens**

Bis zum Inkrafttreten des geänderten ThürKAG fordern wir einen sofortigen gesetzlich angeordneten Aufschub aller ausstehenden Beitragsbescheide für Straßenausbaubeiträge durch das zuständige Ministerium und dem Beschluss eines Moratoriums, in welchem von der Landesregierung, dem Innenministerium und/oder vom Landtag beschlossen wird, eine Beitragserhebung der Gemeinden bis zum Inkrafttreten des neuen ThürKAG auszuschließen. Wir wollen verhindern, dass in dieser Zeit die Gemeinden massiv Bescheide verschicken. Die rechtliche Möglichkeit eines Moratoriums wurde 2004/2005 beim Thema Abschaffung der Wasserbeiträge durch die damalige CDU Regierung nachgewiesen.

### **Zweitens**

Wir fordern, dass alle abgeschlossenen Baumaßnahmen, die bis zum 31.12.2018 durch die Gemeinden noch nicht beschieden wurden, nicht mehr beschieden werden. Die Gemeinden hatten viele Jahre Zeit die Straßenausbaubeiträge rückwirkend zu erheben. Für alle bis zum 31.12.2018 abgeschlossenen Baumaßnahmen gibt es dann keine Straßenausbaubeiträge mehr.

### **Drittens**

Die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge muss schnellstmöglich erfolgen. Dabei ist eine Rückerstattung der Einnahmeausfälle an die Gemeinden durch den Freistaat Thüringen zu leisten. Die Bürgerallianz meint damit alle Baumaßnahmen die begonnen wurden und begonnen werden und wo die sachliche Beitragspflicht noch nicht entstanden ist (die sachliche Beitragspflicht entsteht mit Abschluss der Baumaßnahme, also mit der letzten Schlussrechnung). Vorauszahlungsbescheide für begonnene Baumaßnahmen sind den Beitragspflichtigen durch die Gemeinden und die dadurch entstehenden Einnahmeausfälle der Gemeinden vom Freistaat Thüringen zurück zu erstatten.

---

### **Viertens**

Wir fordern, dass nicht bestandskräftige Beitragsbescheide (laufenden Widerspruchs- und Klageverfahren) aufzuheben sind. Die geleisteten Zahlungen sind den Grundstückseigentümern durch die Gemeinden und die Einnahmefälle der Gemeinden durch das Land zu erstatten.

### **Fünftens**

Eine mögliche Rückzahlung bereits gezahlter SAB muss mittels realistischen Erhebungen auf den Prüfstand. Über die Art und Weise einer Rückzahlung ist zu diskutieren. Die Bürgerallianz will mindestens die Einrichtung eines Härtefonds für eine Rückerstattung von Straßenausbaubeiträgen rückwirkend bis 1991. Bei einem Härtefond würde, wie jetzt in Bayern beabsichtigt, eine Rückerstattung mittels Antragstellung (alles was über einen durchschnittlichen Beitragbetrag ist), möglich werden. Eine Rückzahlung bereits gezahlter Straßenausbaubeiträge würde die Kaufkraft steigern, die Konjunktur anschieben, Arbeitsplätze sichern, das Vertrauen in den Rechtsstaat stärken und auch höhere Steuereinnahmen für das Land Thüringen und die Gemeinden bedeuten.

### **Sechstens**

Durch den Gesetzgeber soll ausgeschlossen werden, dass eine Erhebung von Erschließungsbeiträgen nach BauGB, anstelle von Straßenausbaubeiträgen, durch die Gemeinden ab 01.01.2019 möglich wird.

---

## **Antrag der BIRSO zur Aussetzung der Erhebung von SAB abgelehnt**

Die Fraktion der BIRSO hatte für die Stadtratssitzung am 04.09.18 einen Antrag zur Aussetzung der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen (SAB) eingebracht, um weitere Ungerechtigkeiten zu vermeiden.

Die Regierungsfractionen im Thüringer Landtag wollen die Straßenausbaubeiträge ab 01.01.2019 abschaffen. Dazu soll das Thüringer Kommunalabgabengesetz (ThürKAG) entsprechend geändert werden.

Derzeit werden Bescheide über mehrere tausend Euro für Baumaßnahmen verschickt, die bereits vor 20 Jahren beendet und auch mittels wiederkehrender SAB abgerechnet wurden.

Mit der Aussetzung der Erhebung entstehen der Stadt Pößneck somit keine finanziellen Nachteile. Auch eine Verjährung von zu erhebenden Straßenausbaubeiträgen durch diesen Beschluss ist ausgeschlossen. Jeder weitere Bescheid wäre unverantwortlich. Leider wurde unser Antrag mehrheitlich abgelehnt. Somit verschickt die Stadt Pößneck munter weiter Bescheide, ohne dass ihr ein Schaden entstehen würde. Der Bürgermeister hat unseren Antrag als „Aufforderung zum Rechtsbruch“ betitelt. Das sehen wir anders, man kann eine Ungerechtigkeit nicht durch weitere Ungerechtigkeiten beenden.

---

## Kommunalwahlen 2019

Am 26. Mai 2019 werden in Thüringen die Europawahlen durchgeführt.

Wir gehen davon aus, dass an diesem Tag auch die Kommunalwahlen stattfinden. Wir wollen uns daran wieder beteiligen und rufen schon heute unsere Mitglieder auf, sich als Kandidat mit aufstellen zu lassen.



Aus heutiger Sicht werden wir in Neustadt/Orla und in Pößneck für die **Stadtratswahlen** und für den Kreistag antreten. Der Vorstand der BIRSO und die Unabhängige Bürgervertretung (UBV) haben jeweils beschlossen, 2019 in Pößneck eine **gemeinsame Liste von „BIRSO / UBV“** aufzustellen. Diese Aufstellungsversammlung soll im Anschluss an unsere Mitgliederversammlung (voraussichtlich am 10.04.19) stattfinden.

In Neustadt werden wir, wie bereits 2014, unter „UBV“ antreten. Für die **Kreistagswahlen** wollen wir mit unseren BIRSO-Mitgliedern wieder auf der UBV Liste kandidieren.



**Wir sind davon überzeugt, dass die Übernahme von Verantwortung in den kommunalen Parlamenten weiterhin notwendig ist. Unsere Erfolge sprechen dafür.**

**Man muss sich nur die Frage stellen, was wäre, wenn BIRSO und UBV nicht vertreten wären?**

---

## Drastische Erhöhung der Müllgebühren

Die Unabhängige Bürgervertretung(UBV) und die Bürgerinitiative für Recht und Sicherheit Orla e.V. haben die drastische Gebührenerhöhung durch den Zweckverband Abfallwirtschaft Saale-Orla (ZASO) abgelehnt. Der ZASO hatte in seiner Sitzung am 15.10.18 angekündigt, die Grundgebühren und Leistungsgebühren drastisch zu erhöhen. So sollte für einen Zwei-Personen-Haushalt die Grundgebühr um 40 % auf 110,16 € (bisher 78,60 €) und die Leistungsgebühr zum Entleeren eines 120 l Abfallbehälters um 17 % auf 3,90 € (bisher 3,33, €) steigen. Für UBV und BIRSO ist dies unverantwortlich gegenüber einer Großteil der Bevölkerung in beiden Landkreisen. Der Vertreter der UBV im ZASO, Wolfgang Kleindienst, hat der Gebührenerhöhung in einer Sondersitzung am 29.10.18 nicht zugestimmt.

**Die eigentliche Forderung der UBV und BIRSO, eine maximale jährliche Erhöhung in Höhe der Inflationsrate für 2018 von 1,9 % wurde nicht umgesetzt. Durch den Druck und den Antrag der UBV wurden alle Kosten, Ausgaben und Investitionen auf den Prüfstand gestellt.**

→ **Das Ergebnis war dann eine geringfügige Senkung der Grundgebühr.**

Ursprünglich sollte für einen Zwei-Personen-Haushalt die Grundgebühr um 40% auf 110,16 € (bisher 78,60 €) erhöht werden.

→ **Neu ist jetzt** (auch auf Grund unserer Forderungen) **die Reduzierung der Erhöhung auf 101,76 €**, was immer noch eine Steigerung von 29,5 % bedeutet.

Die erhöhte Leistungsgebühr auf 3,90 € für die 120 l Tonne ist leider geblieben.

Kritisch betrachten wir auch die beabsichtigte Einführung eines elektronischen Identifizierungssystems. Die Restmülltonnen sollen mit einem Chip ausgerüstet werden. Die Kosten liegen bei 900 T€, bei jährlich prognostizierten Einsparungen von 120 T€. Grund der Ablehnung ist vor allem die Umstellung der Gebührenschuldner von Haushalten auf die Grundstückseigentümer ab 2022. So werden zukünftig die Vermieter, wie z.B. Wohnungsgesellschaften, für ihre Mieter Gebührenschuldner. Die Kosten werden dann mit hoher Wahrscheinlichkeit auf die Wohnfläche umgelegt. Dies widerspricht dem Prinzip der Abfallvermeidung und auch den §§ 3 und 15 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG). Dort ist festgelegt, dass die Erzeuger und Besitzer von Abfällen natürliche oder juristische Personen sind und diese verpflichtet sind, die Abfälle zu beseitigen. Nur wenn der ZASO unsere Bedenken berücksichtigt und keine zusätzlichen Kosten für uns Gebührenzahler entstehen, werden wir zustimmen.

UBV und BIRSO sind auch von der Arbeitsweise der Verantwortlichen des ZASO enttäuscht. Für die Sitzung am 15.10.18 waren insgesamt 42 Tagesordnungspunkte vorgesehen. Das ist gegenüber den Verbandsräten, der Verwaltung und auch den Bürgern unverantwortlich. In den letzten 3 Jahren wurden wiederholt Sitzungen abgesagt oder verschoben. Das ist unverantwortlich und zeugt von einem schlechten Arbeitsstil und einer Missachtung der Verbandsräte.

---

## Sicherheits- und Ordnungskonzept für Pößneck beantragt

Die Fraktion der BIRSO hatte für die Stadtratssitzung am 04.09.18 einen zweiten Antrag eingebracht, womit die Erstellung eines Ordnungs- und Sicherheitskonzeptes für die Stadt Pößneck beantragt wurde. Diskussionen über viele Jahre mit Bürgern der Stadt, aber auch eine zunehmende Diskussion im Stadtrat zu derartigen Problemen, haben uns veranlasst, ein entsprechendes Konzept zu beantragen, welches mit Institutionen, Verwaltung, Polizei und den Einwohnern diskutiert werden soll. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen und wird derzeit im Haupt- und Finanzausschuss diskutiert. Wir laden unsere Mitglieder ein, uns ihre Meinungen und Vorschläge darüber mitzuteilen.

### ***Hier die Schwerpunkte des Antrages und die Begründung:***

1. Mögliche und notwendige Einstellung von weiteren Mitarbeitern des Ordnungsamtes, verbunden mit einer erhöhten Präsenz (in Zusammenarbeit mit der Polizei) im Stadtgebiet, vor allem an sog. Brennpunkten, um öffentliche Trinkgelage, Vandalismus jeder Art (Sachbeschädigungen und Graffiti), Lärmbelästigungen etc. verstärkt zu verfolgen und durch die erhöhten Kontrollen in der Zukunft zu verhindern
2. Überprüfung der Anzahl an Kontaktbeamten
3. Klare Verhaltensregeln für bestimmte öffentliche Plätze und Bereiche, verbunden mit einer Möglichkeit zur Ahndung als Ordnungswidrigkeit
4. Videoüberwachung an neuralgischen Plätzen
5. Erhöhte Reinigung und Abfallbeseitigung an bestimmten Orten und Plätzen mit der Möglichkeit von drastischen Strafen
6. Öffentlichen Drogenhandel und -konsum (verschärfend in der Nähe von oder auf Spielplätzen, Schulhöfen etc.)

Pößneck hat sich zu einer überaus attraktiven Stadt entwickelt. So soll es auch in Zukunft bleiben. Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt sprechen die Politiker immer wieder zu Missständen und Umständen an, für die sie eine Lösung verlangen. Dabei geht es auch um ein Unsicherheitsgefühl zu bestimmten Zeiten an bestimmten Orten, öffentliche Trinkgelage, Vandalismus jeder Art (Sachbeschädigungen und Graffiti), Lärmbelästigungen, öffentlichen Drogenhandel und -konsum (verschärfend in der Nähe von oder auf Spielplätzen, Schulhöfen etc.) usw..



Fotos: W. Kleindienst (Trafostation vorher, nachher)

## Platz für Adressaufkleber

Auch stößt man teilweise auf Unverständnis, dass bestimmte Verstöße gegen bestehende Regeln, Vorschriften und Gesetze nicht konsequent geahndet werden.

Das Thematisieren und Lösen solcher Umstände mit Hilfe eines Sicherheits- und Ordnungskonzeptes wird nachhaltig zu einer Besserung führen, das soziale Zusammenleben, insbesondere im öffentli-

chen Raum, fördern und die Lebensqualität sichern bzw. sogar erhöhen.

Welche Erlebnisse, Eindrücke, Zustände etc. in einem solchen Konzept Eingang finden sollten, wird sicherlich ganz unterschiedlich beurteilt werden. Die BIRSO ist der Auffassung, dass ein solches Konzept für die Stadt überfällig ist, aber nicht überstürzt entwickelt werden muss. Vielmehr sollte im Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern, sowie in Zusammenarbeit mit der Polizei erörtert werden, welche Dinge gemeinsam auf welche Weise angefasst werden können und sollen. Als Ergebnis müsste dann u.a. eine inhaltliche Überarbeitung der bestehenden Ordnungsbehördlichen Verordnung der Stadt Pößneck vom 05.09.12 oder die Ordnungsbehördliche Verordnung zum Alkoholverbot der Stadt Pößneck vom 21.10.14 erfolgen. Wir können, dürfen und wollen nicht weiter zusehen, wie Teile der Bevölkerung respektlos mit Normen, Gesetzen, Satzungen und unserem Eigentum umgehen.

---

Wir bitten darum, den Vereinsbeitrag von 20 € im ersten Quartal 2019 auf die folgende Bankverbindung zu überweisen:

**BIRSO e.V.**  
**Raiffeisen-Volksbank Pößneck e.G.**  
**IBAN        D E 50 8309 4444 0000 1304 19**  
**BIC         G E N O D E F 1 P N**



---

Impressum:    Verantwortlich für den Inhalt: BIRSO  
                  Redaktion: BIRSO - Bürgerinitiative für Recht und Sicherheit Orla e.V.

Vorsitzender

Wolfgang Kleindienst,  
07381 Pößneck  
Kastanienallee 4 a

Tel.            03647 42 32 23  
Fu. Tel.       0160 9646 1516  
E-Mail:       kleindienst@birso.de



**Internet: [www.birso.de](http://www.birso.de)**